

1 Einleitung

1986 erschien Thomas Nipperdeys Essaysammlung *Nachdenken über die deutsche Geschichte*.¹ Die hier vorgelegten Aufsätze haben explorativen Charakter und insofern mit diesem Vorbild zu tun, als es um Nachdenken und Provozieren geht, nicht das Hineinschreiben in eine bestehende Erwartungshaltung oder festgefügte Gewissheiten. Im alltäglichen doing history kommen solche Fragen und Aspekte zu kurz, oder sie fallen gleich ganz unter den Tisch: methodische und theoretische Fragen, aber auch grundsätzliche zur Motivation der Beteiligung an Geschichte als Wissenschaft. Und das liegt nicht nur an der Betriebsamkeit des Wissenschaftsgeschäfts, sondern an der Verschiebung seiner Maßstäbe. Die meisten von Nipperdeys essayistisch behandelten Grundsatzfragen würden heute kaum noch der zum Goldstandard erklärten Peer review standhalten: zu literarisch, zu philosophisch, zu subjektiv.

Der Begriff der Reflexion steht in der deutschen historischen Zunft schnell unter dem Verdacht der geschichtsphilosophischen und quellenfernen Spekulation. Das ist für nicht wenige Historiker ein Anathema, mindestens so sehr wie Fiktion, um nicht gleich zu sagen: Literatur. Denn das professionelle Selbstbild hat sich von diesen Formen der Behandlung von Geschichte nicht nur wegentwickelt, sondern scheint jede Beziehung vor allem zur Literatur mittlerweile als einigermaßen peinlich zu empfinden. Leider wird in einem Fach, dessen Produkte Erzählungen sind, kaum mehr darüber gestritten, was das eigentlich bedeutet. Immerhin gibt es die Philosophie und die Literatur schon sehr viel länger als die Geschichtswissenschaft, und beide machen der organisierten wissenschaftlichen Geschichte sogar seit jeher mit einigem Erfolg den Gegenstand streitig.

Die Freiheit eines Essays liegt darin, sich von Konventionen zu befreien. Das drückt sich nicht nur in Fußnotenlosigkeit aus. Es geht eher um die Freiheit, bestimmten großen Fragen ausführlich abwägend nachzugehen. Und diese Fragen werden immer mehr, so mein Eindruck, je erfolgreicher sich die Geschichtswissenschaft spezialisiert und von ihrem Orientierungs- und Öffentlichkeitsanspruch entfernt.

Der Zeitmangel erklärt die Entstehung des ersten Essays zur Frage, wann eine Demokratie scheitert. Er stellt die Langfassung einer Antwort dar, die ich den gelegentlich und seit 2015 etwas häufiger nachfragenden Journalisten in 90 Sekunden nicht geben kann. Die Aktualität der Diskussion um die Bedrohung durch den europäisch-atlantischen Rechtspopulismus ist ein Hintergrund, aber nicht die einzige Erklärung für mein Interesse an diesem Thema. Eigentlich geht es dabei mehr um die Frage, wie sich die zeitgeschichtlich-politische Bildung

1 Nipperdey 1986.

weiterentwickeln muss, um allen möglichen neuen Herausforderungen zu begegnen: vor allem dem Umstand, dass wir schon jetzt kaum noch lebende Zeitzeugen für alles vor dem 8. Mai 1945 befragen können, um von ihrer Motivation des *Nie wieder!* zu profitieren.

Der Raummangel ist der Hintergrund für den zweiten Essay über die Möglichkeit eines globalisierten Geschichtsbilds. 2017 erschien mein Lehrbuch *Global history und Weltgeschichte*.² Der zur Auswahl zwingende, vorgegebene Umfang ließ es nicht zu, dem Zusammenhang von Globalisierung und Geschichtsbildentwicklung so ausführlich nachzugehen, wie ich das für richtig halte. Das wird hier nachgeholt. Dass viele Globalhistoriker dieses Thema offensichtlich irrelevant finden, ist dafür eine Motivation mehr. Geschichtsbilder brauchen nicht nur Träger-, sondern Zielgruppen. Wen adressiert eigentlich die Globalgeschichte?

Der weitgehende Interessemangel insbesondere der Kulturgeschichte für die subjektiven und emotionalen, insbesondere faszinationsgeschichtlichen Aspekte des Umgangs von Menschen mit Dingen ist die Motivation für den Beitrag über Faszinationsgeschichte.³ In der späten affluent society lässt sich dieses Thema nicht ohne ein Minimum an Ironie abhandeln, wenn man nicht der Versuchung von Meistererklärungen erliegen will. Deren selbstbewusstes Rationalitätspostulat hat viel mit Neujahrsvorsätzen gemein. Unser Umgang mit Dingen ist alles Mögliche, aber am wenigsten rational. Das erkenntnisleitende Interesse ist die Andeutung einer Alternative zu den verschiedenen Formen des objektiven historischen Materialismus und ihrer eigenartig nachhängenden Prägungswirkung in der historischen Beschäftigung mit der Beziehung zwischen Mensch und Dingen.

Die Fallstudie über Familienfotoalben als zeitgeschichtliche Quelle ist mein Beitrag zu einem Karlsruher Workshop zur Familiengeschichte im Herbst 2018 vor dem Hintergrund meines 2018 erschienenen *Lehrbuchs Familiengeschichte*.⁴ Es ist paradox, dass Familienfotos als zahlreichste Massenquelle der Geschichte des 20. Jahrhunderts nur am Rand der Zeitgeschichte Beachtung finden.

Der abschließende Text reflektiert ein Thema, das mir seit einigen Jahren nicht mehr aus dem Kopf geht: Könnte die Zeit für die Geschichtswissenschaft, wie wir sie kennen, vorbei sein? Davon ist die Frage nicht zu trennen, ob das eigentlich so schlimm wäre. Der Respekt vor der Eigenzeitlichkeit und Eigenwürde alles Vergangenen gehört wie auch die Wissenschaftsgeschichte der Geschichte als Wissenschaft nicht allein den Historikern als den Gralshütern der Rankeschen Eigentlichkeit. Ihre besondere Zuständigkeit dafür war im Sinne Musils vorläufig definitiv, und das schon deshalb, weil alle Geschichte offen ist. Sogar die der Geschichtswissenschaft.

2 Kunze 2017 (1).

3 Kunze 2017 (2).

4 Kunze 2018.

2 Wann scheitert eine Demokratie?

Der Weimar-Komplex

Das Scheitern der ersten deutschen Demokratie von Weimar ist ein deutsches politisches Trauma. Weil sie scheiterte, kam Hitler an die Macht, wurden NS-Diktatur, Zweiter Weltkrieg und Holocaust überhaupt möglich. Chief United States Prosecutor Robert H. Jackson fasste bei der Eröffnung des Nürnberger Hauptkriegsverbrechertribunals am 21. November 1945 in einem Satz seiner Eröffnungsrede zusammen, warum die Welt eine Wiederholung dieser Erfahrung nicht ertragen könnte:

„The wrongs which we seek to condemn and punish have been so calculated, so malignant, and so devastating, that civilization cannot tolerate their being ignored, because it cannot survive their being repeated.“⁵

Zur Wahrnehmung der Verantwortung für den Nationalsozialismus und zu seiner Aufarbeitung gehört auch und vor allem die Frage nach den Gründen für den deutschen Demokratieverlust. Nie zuvor kam dem Bemühen um organisiertes Lernen aus der Geschichte eine solche existenzielle Bedeutung zu.

Das bedeutete, viele unbequeme Fragen zu stellen: War das Scheitern Weimars ein extremer Verlauf der Demokratiekrise der Zwischenkriegszeit? Oder lag es ausschließlich an den deutschen Randbedingungen? Waren die Deutschen schlicht demokratieunfähig?

Die Bemühungen um Antworten auf diese und viele andere Fragen hatten zur Folge, dass die Weimarer Republik zu einer der am besten erforschten Phasen der Universalgeschichte wurde. Eine Formel, nach der sich der Grad von Demokratiegefährdung bestimmen ließe, gehörte ebenso wenig zu den Ergebnissen wie der Beweis deutscher Demokratieunfähigkeit.

Es lässt sich auch eher sagen, woran es wahrscheinlich nicht oder jedenfalls nicht allein lag: Die Weimarer Demokratie ist nicht von einem Tag auf den nächsten gescheitert, also vom 29. auf den 30. Januar 1933. Sie scheiterte nicht an der Weltwirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit ab 1929. Sie scheiterte nicht daran, dass ihr erster sozialdemokratischer Reichspräsident Friedrich Ebert 1925 starb. Sie scheiterte nicht an ihrem schlimmsten Krisenjahr 1923 mit Hyperinflation, Ruhrbesetzung, Kommunistaufständen und Hitlerputsch in München. Sie scheiterte auch nicht an den Sonderwegs-Traditionen deutscher Geschichte seit Luther 1517, der Bismarckschen Reichsgründung von 1871 und

5 Jackson 1945/2018.

dem hochimperialistischen Wilhelminismus nach Bismarcks Saturiertheitspolitik. Nur: beweisen lassen sich diese Allgemeinplätze nicht.

Das Bündel der wahrscheinlicheren Ursachen ist wenig eindeutig, teils nach wie vor eher politisch als historisch umstritten und strukturell provozierend, weil die Erklärungsversuche keine sichere historische Distanz zu dem Phänomen als einer abgeschlossenen Geschichte der anderen verschaffen. Weimar bleibt ein Blick in den Abgrund.

Die erste deutsche Demokratie scheiterte unter anderem an der Dolchstoßlegendenhetze von Divisionskameradenstammtischen der Weltkriegsteilnehmer seit 1918: *Im Felde unbesiegt!* Sie scheiterte an der Verachtung der Kommunisten für den vermeintlichen Verrat der Mehrheitssozialdemokraten in der Revolution von 1918 aufgrund ihrer Ablehnung einer deutschen Sowjet-Republik nach bolschewistischem Vorbild und des Einsatzes für die parlamentarische Demokratie im Verfassungsstaat: *Wer hat uns verraten? Sozialdemokraten! Wer hat recht? Karl Liebknecht!* Sie scheiterte an den gehässigen Bemerkungen von deutschnationalen Geschichts-Studienräten 1930, in denen die Weimarer Reichsverfassung und ihre glanzlosen Institutionen verächtlich gemacht und die Republik als ein schmähhlicher Import der Sieger des Ersten Weltkriegs denunziert wurden: *Schwarz-Rot-Gold: Der Staat der Ultramontanen, der Sozis und der Juden!*

Sie scheiterte an den Zuschauern des Judenboykotts vom 1. April 1933 und der Bücherverbrennungen vom 10. Mai: an teils zustimmenden Wutbürgern, an teils von solchen Aktionen abgestoßenen NSDAP-Wählern, an größtenteils indifferenten und jedenfalls mehrheitlich passiven Passanten. Sie scheiterte bei jedem einzelnen Bruch von Menschen- und Bürgerrechten während der Etablierung des Führerstaats. Ein Drehbuch gab es dafür nicht. Aber viel Gleichgültigkeit gegenüber Hasskommunikation und Alltagsrassismus, verdichtet in vergiftenden Begriffen und Signalwörtern wie Systemverbrecher, Lügenpresse, Judenrepublik.

Auch die nationalsozialistische Diktatur und ihr Zivilisationsbruch kamen nicht über Nacht zustande. *Dafür brauchte Hitler zwölf Jahre* stand nach dem 8. Mai 1945 an manchen Ruinen. Und eben nicht nur er allein, wie ein amerikanischer Spruch aus der Entnazifizierungszeit es auf den Punkt brachte: *There seems to have been only one Nazi in Nazi Germany, and he's committed suicide.*

Keine andere Frage hat die Zeitgeschichts- und Politikwissenschaft in der jungen Bundesrepublik so umgetrieben wie die nach den Gründen für das Scheitern Weimars. Nur was verstanden werden kann, muss sich nicht wiederholen. Als 1956 ein Essayband des Schweizer Journalisten Fritz René Allemann mit dem bezeichnenden Titel *Bon ist nicht Weimar* erschien, verstand sich das keineswegs schon von selbst.⁶ Der Reflex, Sicherungen zur Wiederholung des einmal erlebten deutschen Demokratieverlusts zu etablieren, prägte die westliche Nach-

6 Allemann 1956.

kriegsgesellschaft. Unter anderem die Verfassungsarchitektur des Grundgesetzes und, wenn auch erst sehr allmählich und überlagert vom Systemgegensatz zwischen Ost und West, die historisch-politische Aufklärungsarbeit mit einer Betonung des aktiven Lernens aus der Vergangenheit.

Die Auschwitz-Prozesse Mitte der 1960er Jahre und die von der Stasi in der DDR zusammengestellten *Braunbücher* über Nazis in Führungspositionen der Bundesrepublik zeigten, wie viel es zu lernen gab. Hans Globke, Mitverfasser und Kommentator der Nürnberger Rassegesetze und Adenauers langjähriger Kanzleramtschef, war kein Einzelfall. Auch weitaus weniger belastete Bonner Politiker gebrauchten im Wissen um die NS-Belastung der meisten anderen noch lange wolkige Wendungen, wenn es um *jene dunklen Jahre* und *jene Verbrechen in deutschem Namen* ging. Von den Verbrechen der Deutschen sprachen wenige. Und die das doch taten, mussten damit rechnen, dass ihnen wirsch bis wütend entgegengehalten wurde, dass irgendwann ja auch mal Schluss sein muss. Und: *Gehnsedoch nach driben!* Im anderen deutschen Staat, der sich für das bessere Deutschland hielt, heilte eine SED-Mitgliedschaft auch manche braune Vorgeschichte.

Einen Schlusstrich forderte in der Bundesrepublik nicht nur die national-konservative Stahlhelmfraktion. Junge Leute konfrontierten den Frankfurter Generalstaatsanwalt und Kopf der Auschwitzprozesse, Fritz Bauer, in munterer Direktheit in einer Fernsehdiskussionsrunde des Hessischen Rundfunks im Jahr 1964 mit genau diesem Argument und dem rechtfertigenden Hinweis, das betreffe sie doch alles gar nicht mehr. Und Bauer erklärte ihnen geduldig in breitem Schwäbisch und mit einer noch geringeren Sprechgeschwindigkeit als Theodor Heuss, warum sie sich irrten.⁷

Ein Effekt des konstitutiven Vergangenheitsbezugs und der zentralen Bedeutung der Zeitgeschichtswissenschaft für die politische Kultur der noch jungen Bundesrepublik war ein ausgeprägtes Selbstmisstrauen gegenüber der deutschen Demokratiefähigkeit. Selbst gewöhnliche parteipolitische Konkurrenz bekam schnell einen drohenden Unterton. Die zweite deutsche Demokratie hatte Züge eines Bewährungsexperiments.

Die intellektuelle Szenerie der Bundesrepublik kritisierte schon vor 1968 eine zementierte stabilitäts- und sicherheitsorientierte Grundhaltung ihrer politischen Eliten. Deren antikommunistisch imprägnierte Keine-Experimente-Mentalität ging über die Angst vor dem erneuten, von der anderen Seite der Systemgrenze unterstützten Abrutschen in eine neue Diktatur hinaus: *Alle Wege des Marxismus führen nach Moskau* hatte auf einem CDU-Wahlplakat zur Bundestagswahl von 1953 gestanden.

Zwar war die SPD vor ihrem Godesberger Programm von 1959 gemäß dem Heidelberger Programm von 1925 noch eine marxistische Partei, doch enthielt diese pauschale Aussage nach der Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur SED

7 Bauer 1964.

in der SBZ einen infamen Anklang an den kaiserzeitlichen Reichsfeind-Vorwurf gegenüber den Sozialdemokraten. Die hatten genauso im Parlamentarischen Rat gegessen und das Grundgesetz beschlossen wie die Vertreter der CDU. Und der von seiner langen KZ-Haft gezeichnete SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher stand Adenauer in seinem Antikommunismus in nichts nach, wenn er von den DDR-Kommunisten als rotlackierten Faschisten sprach.

Das tiefe Misstrauen in Teilen der politischen Lager gegenüber der Demokratiefestigkeit der jeweils anderen Seite trug um 1968 zunächst bei den Linken zur überzogenen Verdächtigung der Notstandsgesetzgebung als faschistoid bei. Dem entsprach von rechts der Vergleich zwischen SA und SDS. Ein führender deutscher Soziologe, Erwin K. Scheuch, sah am linken Rand des politischen Spektrums die *Wiedertäufer der Wohlstandsgesellschaft*.⁸ Der Weimar-Komplex beherrschte die Feindwahrnehmung und nahm die Form eines deutschen Generationenkriegs an: Die Kinder von Hitlers Deutschen beschuldigten ihre Eltern der Demokratieunfähigkeit, diese ihre Kinder. In der aufgeheizten Stimmung versprach Bundeskanzler Willy Brandt in seiner Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969, mehr Demokratie wagen zu wollen. Dazu gehörte viel Vertrauen in die integrierende Kraft der politischen Kultur. Derselbe Bundeskanzler stellte sich später hinter den Radikalenerlass.

Stabilität und Dynamik

Die Politikwissenschaft unterscheidet zum Vergleich politischer Systeme zwischen dem politischen Prozess, der politischen Agenda, den politischen Institutionen und Akteuren. Das sind die harten, im Kern in Verfassungen geregelten Faktoren. Mindestens so wichtig und insofern kein demgegenüber weicher Faktor ist die politische Kultur. In ihr zeigt sich, ob die Verfassung nur *law on the books* oder vielmehr *law in action* ist. Das deutsche Gegensatzpaar von Verfassungstheorie und -wirklichkeit setzt einen etwas anderen Akzent, indem es ausgesprochen akademisch zwischen einer abgeschlossenen theoretischen Welt der rechtstechnischen Experten und der rauhen, unaufgeklärten Wirklichkeit auf der Straße unterscheidet. Action zielt barrierefreier auf das Verhalten jedes einzelnen. Und auf den kommt es in der Demokratie nicht nur der Theorie nach an.

Noch bedenklicher ist die ebenfalls sehr deutsche Ideentradition einer Unterscheidung zwischen dem Staat auf der einen, der Gesellschaft auf der anderen Seite. Sie stellt zwei als nur bedingt vereinbar gedachte Formen der Rationalität gegenüber: eine vermeintlich unpolitische *gouvernementaladmini-*

8 Scheuch 1968.

strative von oben einer politischen der gemeinwohlfremden Partei- und Einzelinteressen von unten. Mit dieser Tradition brechen nicht nur die Deklarationen von Artikel I (1) und (2) Grundgesetz, in denen die Ausübung aller staatlichen Gewalt als direkte Antwort auf die Erfahrung mit dem NS-Staat an die Achtung der Menschenwürde gebunden wird, sondern konkret die 1949 noch halbutopischen Staatscharaktermerkmale in Artikel 20 (1) GG: „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.“

Die politische Kultur vermittelt zwischen der Stabilitätsorientierung der verfassungsgemäß institutionalisierten Staatsarchitektur und der Dynamik der Tagespolitik und des Meinungsmarkts, in denen sich die streitende Pluralität einer differenzierten Gesellschaft abbildet. Deren Streit ist kein Problem, sondern die Stärke einer offenen Gesellschaft. Eine demokratische politische Kultur erträgt den Streit nicht nur, sondern macht aus ihm eine Ressource ständiger Erneuerung der Politik. Aber diese Idealvorstellung hat Grenzen. Zu viel Stabilität und zu viel Dynamik können ein politisches System gefährden. Dann drohen Erstarrung oder Populismus bzw. Faschisierung.

Ein Patentrezept zur Selbsterhaltung im Sinne einer Bestandsgarantie kann sich in den harten Systemkriterien politischer Ordnungen nicht finden, wenn diese sich als Demokratien verstehen. Dann werden sie ihren Bürgerinnen und Bürgern keine unter Strafandrohung zu befolgenden Bedienungs- und Verhaltensanleitungen mitliefern, die einen hohen, latent totalitären Polizierungs- und Propagandaaufwand beim Aufbau der gepachteten Zukunft erfordern. Die Wehrhaftigkeit der Verfassungskultur des Grundgesetzes zum Schutz der freiheitlich demokratischen Grundordnung vor der Ausnutzung durch ihre erklärten Feinde, ebenfalls eine Lehre aus der Weimarer Erfahrung, hat damit nichts zu tun. Für die Selbstverteidigung der Verfassungsordnung gelten hohe rechtsstaatliche Hürden und maximale verfassungsrechtliche Kontrolle wie das gescheiterte NPD-Parteiverbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht zeigt. Die Demokratie des Grundgesetzes kann sich wehren, aber würde ihre Sicherung tatsächlich vom Verfassungsschutz abhängen, wäre sie ohnehin schon unrettbar in Schieflage geraten. Eine Demokratie ohne Risiken ist keine, sondern ein politischer Friedhof. Mit Risiken zu leben, ist nicht einfach.

Risiken und Stärken

Nicht nur für den Bestand, auch für die schwer messbare Liberalität der politischen Kultur in der Bundesrepublik gibt es keine Garantie. Illiberale Strömungen und Phasen hat es auch in der Geschichte der politischen Kultur der Bundesrepublik gegeben. Es gibt sie immer wieder, und das nicht nur im Bereich der Politik, sondern insbesondere in den wirtschaftlichen und technoiden

gesellschaftlichen Subsystemen, die sich der politischen Kontrolle zu entziehen bzw. die Politik nach ihrer Agenda der Gewinn- und Wirkungsgradmaximierung zu gestalten versuchen.

Wer nun im spontanen Risiko-Assessment den wütenden, besorgten oder betroffenen Bürger als größtes Risiko der Demokratie und damit auch ihres möglichen Scheiterns ausmacht, läuft Gefahr, in das alte autoritäre Muster von Staat versus Gesellschaft zurückzufallen. Abgesehen davon, dass diese Sicht zu populistischer Kritik an den abgehobenen Eliten geradezu einlädt, beruht sie möglicherweise auf einer unrealistischen Vorstellung sowohl der politischen Kultur wie des institutionellen staatlichen Rahmens. Sie geht von rechtsstaatlich fragwürdigen bis ausgeschlossenen staatlichen Eingriffen zur Bekämpfung unerwünschter, nicht nur politischer Anschauungen aus oder von einer Unterschätzung der Gefahren, die in einer populistischen Infragestellung der demokratisch legitimierten Institutionen und ihres Personals liegen. In beiden Fällen handelt es sich um Beispiele dafür, wie schnell sich illiberale Vorstellungen in einer Demokratie ausbreiten können. Auch dieses Risiko gehört zu einer demokratischen, offenen Gesellschafts- und Staatsordnung.

Zu den Stärken moderner demokratischer Systeme gehört ihre Fähigkeit, sozialen und politischen Wandel immer wieder in den politischen Prozess und die politischen Institutionen performativ zu integrieren. Aufgrund dieser Offenheit sind sie keine Schönwettererscheinungen, sondern ziemlich krisenfest. Das Aushandeln der politischen Agenda und Relevanz bestimmt ihren Charakter, der sich psychologisch als mobilisierend, demokratietheoretisch als dialektisch beschreiben lässt. Moderne Demokratien sind institutionalisierte Einladungen zur Partizipation. Es gibt keine invisible hand, die alles zum allgemeinen Besten steuert, auch nicht hinter einem aufzureißenden Schleier der Macht. What you get is what you do.

Aber es gilt auch: What you read is who you are. Moderne Demokratien leben vom informierten und aktiven Staatsbürger, gerade im vorpolitischen und vorstaatlichen sozialen Raum. Das ist sogar der Kern ihrer Zivilgesellschaftlichkeit. Die Verteiltheit von Meinungen und Interessen wird nicht autoritär-harmonistisch als Abnormität des Streits der Parteien, sondern als Normalität des Wettbewerbs um Aufmerksamkeit und politische Ressourcen innerhalb der Bürgergesellschaft verstanden. Im Idealfall gelingt es in diesem kommunikativen Aushandlungs- und Relevanzbildungsprozess, Vertreter von gesellschaftlich zunächst randständigen, nicht mehrheitsfähigen Themen zu Akteuren des politischen Agenda setting zu machen, die unter der Voraussetzung des Erfolgs in Wahlen ihre Anliegen am Ende in Regierungs- und Verwaltungshandeln übersetzen können. Die Geschichte der Grünen ist das bekannteste Beispiel.

Die Schwächen der Demokratie sind von ihren Stärken nicht zu trennen. Die Integrationsfähigkeit ist vor allem in großen demokratischen Gesellschaften von vielen Voraussetzungen abhängig, von denen nur ein Teil durch Staatshandeln

geschaffen werden kann und immer wieder geschaffen werden muss. Das betrifft in der Bundesrepublik die kommunikative Infrastruktur von Schulen über Straßen bis zum Internet und öffentlich-rechtlichen Informationsangebot. Welcher Gebrauch von diesen Angeboten gemacht wird, bleibt Sache des einzelnen.

Damit ist das Thema der Integration nicht erledigt. Der Verlauf ihrer Grenzen muss strittig sein, weil er über die Chancen der Partizipation entscheidet. Vollständige politische Inklusion ist weder wünschenswert noch möglich. Die Demokratie ist keine innerweltliche Erlösungsordnung. Hier stellen sich viele, nicht leicht und schon gar nicht ein- für allemal zu beantwortende Fragen:

Wieviel Parallelgesellschaftlichkeit, Ghettobildung und soziale Exklusion durch vererbte Armut und Bildungsferne verträgt eine Demokratie?

Wo endet die demokratisch legitimierte staatliche Interventions- und Präventionszuständigkeit für Lebensumstände und Formen des Einstellungsverhaltens, die sich negativ auf die politische Teilhabe und Integration auswirken?

Wieviel Ablehnung der freiheitlich demokratischen Grundordnung ist mit dem Schutz der Verfassungsordnung noch vereinbar?

Wie soll der Verfassungsschutz auf gezielte Versuche der Diversion durch Hasskommunikation in den sozialen Netzwerken reagieren?

Wo werden unter dem Sachzwang-Vorwand der Gefahrenabwehr der politische Wettbewerb und die Meinungsfreiheit zu stark eingeschränkt?

Wie bekommt es der politischen Kultur, dass viele zentrale Konflikte nicht mehr politisch entschieden, sondern vor das Bundesverfassungsgericht gebracht werden?

Der Streit um solche Fragen gehört zur diskursiven Selbstvergewisserung demokratischer Gesellschaften. Das ist nicht nur voraussetzungsvoll, sondern oft auch anstrengend, langwierig und frustrierend. Der ewige aufklärerische Appell an Vernunft, Geduld und Fairness muss sich immer wieder gegen die schneller erfolgreiche populistische Mobilisierung des inneren Schweinehunds durchsetzen.

Ernst-Wolfgang Böckenförde hat in einem berühmten und vielzitierten Satz beschrieben, wie prekär dieses performative Verständnis von Politik ist: „Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann.“⁹ Das Risiko sowohl des themenbezogenen wie auch des systemischen Scheiterns ist Teil der Demokratie, der nur um den Preis ihrer weitgehenden Einschränkung oder Aufgabe zu verhindern wäre.

9 Böckenförde 1976, 60.

Fragen und Probleme

Dieser Essay beschäftigt sich mit vier Fragen zum Scheitern von Demokratie: Was ist eine Demokratie? Was ist Scheitern? Was sind Gefährdungen? Was lässt sich aus Scheitern und Gefährdungen lernen?

Die methodische Ausrichtung dieser Fragen ist die eines politikwissenschaftlich interessierten Zeithistorikers. Daher zielen sie einerseits in systematischer Hinsicht auf Strukturen, Prozesse, Institutionen und Akteure. Das ist der politikwissenschaftliche Anteil. Andererseits richten sie sich auf historische Fallbeispiele, ihre handlungsbestimmende und mentalitätsprägende Bedeutung in der Geschichts- als Teil der politischen Kultur. Das ist der zeitgeschichtliche Aspekt. Diese Überlegungen gehören zur Demokratiegeschichte als Teil einer historisch verstandenen politischen Ideengeschichte.

In der Demokratiegeschichte sind Politik- und Zeitgeschichtswissenschaft exemplarisch eng aufeinander bezogen. Das ist eine bewährte Zusammenarbeit, für die Namen wie u. a. Karl Dietrich Bracher, Kurt Sontheimer und Hans-Peter Schwarz stehen. Diese Tradition ist im Zeichen der weitgehenden kulturalistischen Neuerfindung der Geschichts- als historischer Kulturwissenschaft in den letzten Jahren etwas verblasst. Darin liegt nicht nur eine gewisse Einseitigkeit, sondern in Zeiten substanzieller populistischer Demokratiegefährdung möglicherweise sogar eine potentielle Risikounterschätzung. Demokratie ist keine Redensart, kein Konstrukt aus intertextuellen Beziehungen und Narrativen. Hasskommunikation gegen ihre Repräsentanten im Internet ist kein Sprachspiel. Es gibt erklärbare Strukturen, Interessen und Probleme.

Die Politik- und Geschichtswissenschaft verbindet neben vielen gemeinsamen Erkenntnisinteressen bei unterschiedlichen methodischen Blickrichtungen das Zeitzeugenproblem. Historiker und Politikwissenschaftler sind als erkennende Subjekte und Zeitzeugen Teil des Erkenntnisgegenstands und seiner Kontextualität. Ihre Subjektivität ist jedoch nicht als Gegensatz zu einer an naturwissenschaftlichen Maßstäben gebildeten, gesetzmäßigen Objektivität zu verstehen, sondern als spezifischer Kontextbezug. Das ist Chance und Grenze zugleich.

Die politikwissenschaftliche Beschreibung des Scheiterns der Weimarer Demokratie eines deutschen Emigranten in den USA während des Zweiten Weltkriegs wird sich von der eines deutschen Zeithistorikers am Münchner Institut für Zeitgeschichte in den 1960er Jahren deshalb unterscheiden. Der Politikwissenschaftler und Zeitzeuge schrieb, während Hitler seinen Rasse- und Vernichtungskrieg noch führte. Der Zeithistoriker der HJ-Generation leistete einen Beitrag zur politischen Kultur der Bundesrepublik. Beide Perspektiven